

Nonformale politische Jugendbildung nach Corona notwendiger denn je! GEMINI-Podium mit Bundestagsabgeordneten zum DJHT

Die Bewältigung der Coronakrise beherrscht die Tagesordnung von Politik und Gesellschaft. Die Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist dabei seltsam unterbeleuchtet. Außerschulische Lernorte werden für die soziale Entwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen jedoch zunehmend wichtiger. Dies unterstrichen Mitglieder des Deutschen Bundestages auf einem digitalen Podium der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im bap zu Thema „Normal war gestern – Politische Jugendbildung nach Corona“ anlässlich des 17. DJHT.

Eines ist allen Beteiligten klar: Ein bloßes Zurück auf den Status quo vor der Krise wird es nicht geben. Das betrifft auch die politische Jugendbildung. **Barbara Menke**, die Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), nannte zu Beginn als Kernanliegen die Umsetzung der Ergebnisse des 16. Kinder- und Jugendberichtes in Nach-Corona-Zeiten. Politische Jugendbildung müsse sowohl in der digitalen als auch in der realen Welt Räume für eine positive Politikerfahrung ermöglichen. Dafür setze sich der bap ein.

Wie aber sehen und gestalten Fachpolitiker/-innen die Situation? Die Wertschätzung für die Landschaft der politischen Jugendbildung war beim Austausch am 19. Mai mit Händen greifbar. Politische Bildung halte unsere Demokratie zusammen, betonte zum Beispiel **Bettina Wiesmann** (CDU). Die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermögliche positiv prägende Erfahrungen der politischen Teilhabe, die lebenslang gestaltet werden müssten, quasi von der KiTa bis ins hohe Alter, unterstrich **Sönke Rix** (SPD).

Dass dies feste Orte wie Bildungshäuser braucht, zog niemand in der Runde in Zweifel. Denn gerade junge Menschen benötigen das unmittelbare, auch zweckfreie Zusammensein. Das gelte jetzt noch einmal mehr, wo es so sehr fehle. Dass viele Träger um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen, ist den Fachpolitiker/-innen bewusst. Die Pandemie hat die Finanzierungsprobleme verstärkt, Häuser mussten schließen, Angebote konnten nicht wie geplant stattfinden. Einschlägige Zuschüsse wurden aufgestockt, Mittel umgewidmet, Konzepte flexibel umgestaltet. Neben diesen Sofortmaßnahmen braucht es aber auch mittel- und langfristige Perspektiven, zeigte das Fachgespräch. Der Bund könne manches bewegen, aber große Probleme täten sich auf kommunaler Ebene auf, warnte **Norbert Müller** (DIE LINKE). Dort würden zurzeit freiwillige Leistungen zusammengestrichen. In Deutschland wirke sich gerade fatal aus, dass das Bildungssystem im internationalen Vergleich unterfinanziert sei, sagte **Margit Stumpp** (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Runde ließ aber keinen Zweifel daran, dass dies die falsche Richtung zur Krisenbewältigung ist. Schon jetzt müsse man sagen, dass die jungen Generationen die Hauptlast der Pandemie trügen, heute und in Zukunft. Ganz unmittelbar verlören sie soziale Räume, Orte, an denen sie sich entfalten und entwickeln können. Die Jugendpolitiker/-innen verband bei dieser Analyse ein Bildungsverständnis, das über den Erwerb von Wissen hinausgeht und eine Vielfalt außerschulischer Lernorte im Blick hat.

Der Ruf nach Rückkehr der Präsenzveranstaltungen schmälere nicht den Beitrag der digitalen Formate, die in der Pandemiezeit erprobt wurden. Menschen, die weiter entfernt leben und arbeiten, online zuzuschalten, könnten den Radius von Bildung und Beteiligung praktikabel erweitern. Dabei sei allerdings zu beachten, dass es nicht reiche, Kinder und Jugendliche mit Endgeräten auszustatten, so **Matthias Seestern-Pauly** (FDP). Die Infrastruktur wie der Zugang zu schnellem Internet müsse gestärkt werden.

Auch die Politik selbst könne Beteiligungserfahrungen für junge Menschen praktizieren, und zwar auf allen Ebenen der parlamentarischen Demokratie. Genannt wurden informelle Beratungskreise für politisch Tätige, Experimentierangebote oder institutionalisierte Beteiligungsformen wie Kinder- und Jugendräte, -parlamente und -fragestunden, die mit Anhörungs- und Mitwirkungsrechten ausgestattet sind.

Die Verbände der GEMINI sind mit ihrer Arbeit Demokratiestärker*innen für Jugendliche, sagte GEMINI-Sprecher **Dr. Karl Weber** und verwies dabei auf die gemeinsame gleichnamige Kampagne <https://www.demokratiestaerkerinnen.de/>. Man müsse mit der Politik auf der Grundlage der Ergebnisse des 16. Kinder- und Jugendberichts auch in Zukunft verstärkt über die Qualitätsbedingungen für politische Jugendbildung ins Gespräch kommen.

Ein Live-Mitschnitt des Fachgespräches findet sich unter <https://www.youtube.com/watch?v=xtlQurD6YwA>

Die Teilnehmenden

Am Podiumsgespräch „Normal war gestern?“ beteiligten sich fünf Bundestagsabgeordnete, die sich als Fachpolitiker/-in für die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen engagieren: Bettina Wiesmann (CDU), Sönke Rix (SPD), Matthias Seestern-Pauly (FDP), Norbert Müller (DIE LINKE), Margit Stumpp (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Veranstaltenden

Der Bundesausschuss Politische Bildung e.V. (bap) ist ein Zusammenschluss der bundesweiten Verbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Er engagiert sich für eine Stärkung und Weiterentwicklung dieser Arbeit und für deren Interessenvertretung gegenüber Politik, Behörden und Gesellschaft.

Unter dem Dach der bap richtet die Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) einen besonderen Fokus auf die Belange der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Für Rückfragen zur Veranstaltung

Dr. Karl Weber, GEMINI-Sprecher, weber@bap-politischebildung.de Tel. 0228 2892950
<http://www.bap-politischebildung.de/gemini/>

Herausgeber: Bundesausschuss Politische Bildung e.V. - presserechtlich verantwortlich: Barbara Menke
menke@bap-politischebildung.de c/o ARBEIT UND LEBEN Robertstr. 5a 42107 Wuppertal

Website: <http://www.bap-politischebildung.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/BundesausschussPolitischeBildung>

Twitter: https://twitter.com/bap_de